

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 31.03.2011  
im Kreishaus Borken,  
Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn

#### Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	
Frau Dr. Mariele Averkamp	48734 Reken	
Herr Arno Berning	46348 Raesfeld	
Herr Hermann Gebbing	46419 Isselburg	Vertretung für Herrn Reimar Ohström
Herr Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Herr Günter Kendzierski	48599 Gronau	
Herr Herbert Krause	48599 Gronau	
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	Vertretung für Herrn Michael Hertz
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Dr. Heinrich Render	48683 Ahaus	Vertretung für Herrn Ralf Bert-ram (Bis TOP 3)
Frau Uta Röhrmann	46399 Bocholt	
Herr Peter Schemitzek	48599 Gronau	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	(bis TOP 6)
Frau Marita Wagner	48599 Gronau	
Herr Andreas Wethmar	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Dr. Ansgar Hörster  
Herr Reinhard Groschke  
Frau Annette Scherwinski  
Herr Hans Ritter  
Frau Doris Gausling  
Frau Susanne Lökes  
Herr Michael Weitzell  
Frau Regina Kasteleiner  
Herr Jürgen Bietenbeck

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

#### **Punkt 1: Entwurf zum Kompass Kreis Borken 2025 Vorlage: 0069/2011**

---

Berichterstatte(r): Herr Dr. Hörster  
Frau Gausling  
Herr Groschke

Frau Sommers stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt auf eine spätere Sitzung zu vertagen, damit sich mit diesem umfassenden Thema zuvor die Fraktion und auch weitere einzubeziehende Gremien befassen können.

Vorsitzende Büscher schlägt hierzu vor, für einen neuen Termin eine Sondersitzung im Juni 2011 einzuberufen.

Vorsitzende Büscher lässt über diesen Antrag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Die Beratung des TOP *Entwurf zum Kompass Kreis Borken 2025* wird zurückgestellt. Hierfür wird im Juni 2011 eine Sondersitzung anberaumt. Der Entwurf soll auch dem Arbeitskreis Behindertenhilfe zur Beratung zugeleitet werden.

Es wird jedoch Einigkeit erzielt, dass Frau Gausling ihre vorbereitete Kurzpräsentation vorführt. Die gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Krause wird verdeutlicht, dass der *Kompass Kreis Borken 2025* lediglich einen Rahmen der für den Kreis Borken in den nächsten 15 Jahren geplanten Ziele darstelle, konkrete Maßnahmen seien damit nicht vorgegeben. Dies sei auch nicht beabsichtigt.

**Punkt 2: Umsetzung SGB II: Jahresbericht 2010 zur Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB II im Kreis Borken  
Vorlage: 0074/2011**

---

Berichterstatter: Frau Lökes

Vor dem konkreten Einstieg in diesen Tagesordnungspunkt informiert Herr Dr. Hörster den Ausschuss darüber, dass das Land Nordrhein-Westfalen dem Bund folgende weiteren 8 Optionskommunen vorgeschlagen habe:

Den Kreis Recklinghausen,  
den Kreis Warendorf,  
die Stadt Münster,  
den Kreis Lippe,  
die Stadt Wuppertal,  
die Stadt Essen,  
den Kreis Solingen und  
den Kreis Gütersloh.

Auf Grund des Vorschlagsrechtes könnte von der Zulassung dieser Kommunen als Optionskommunen ausgegangen werden.

Darüber hinaus sei heute die aktuelle Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht worden. Diese weise für den Kreis Borken erneut leichte Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt aus. Dies zeige sich in einer Arbeitslosenquote von 2,7 % für den SGB II-Bereich und in einer Arbeitslosenquote von 4,6 % für die SGB II- und AGB III-Arbeitslosen insgesamt.

Anschließend stellt Frau Lökes die Eckpunkte des Jahresberichtes 2010 zur Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB II im Kreis Borken sowie einen Ausblick auf das Jahr 2011 vor. Die gezeigten Folien sind als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Hörster und Vorsitzende Büscher sprechen an dieser Stelle allen Akteuren bei den Service-Punkten ARBEIT ihren Dank für die hervorragend geleistete Arbeit aus.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht 2010 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Umsetzung SGB II: Einführung und Umsetzung einer Zielsteuerung im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung**  
- Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land NRW  
- Abschluss von Zielvereinbarungen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden  
**Vorlage: 0075/2011**

---

Berichtersteller: Herr Weitzell

Herr Weitzell informiert über die Einführung und Umsetzung der kreisinternen und der bundesweiten Zielsteuerung im SGB II. Die gezeigten Folien sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Einführung und Umsetzung einer Zielsteuerung im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung SGB II zur Kenntnis.

**Punkt 4: Umsetzung SGB II: Einführung der Bezeichnung "Jobcenter" für die Besondere Einrichtung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II**  
**Vorlage: 0076/2011**

---

Berichtersteller: Herr Weitzell

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Umbenennung der Besonderen Einrichtung „Service-Punkt ARBEIT im Kreis Borken“ in „Jobcenter im Kreis Borken“ zur Kenntnis.

**Punkt 5: Umsetzung SGB II: Umsetzung des Modellprojektes des Bundes "Bürgerarbeit" im Kreis Borken**  
**Mündlicher Vortrag durch Frau Lökes**

---

Berichtersterterin: Frau Lökes

Frau Lökes stellt die rechtlichen Voraussetzungen des Modellprojektes des Bundes „Bürgerarbeit“ und die Umsetzung dieses Projektes im Kreis Borken dar.

Die gezeigten Folien sind als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

**Punkt 6: Umsetzung SGB II: Umsetzung der Neuregelung zum Bildungs- und Teilhabepaket  
Vorlage: 0077/2011**

---

Berichterstatte:r: Herr Ritter

Herr Ritter zeigt auf, dass die Regelungen zum Bildungs- und Teilhabepaket pauschaliert und unbürokratisch sein sollten, jedoch wegen des unstrittig hohen Verwaltungsaufwandes und vieler bürokratischer Hürden dieses Ziel verfehlt hätten.

Bislang seien kreisweit nur rund 100 Anträge eingegangen, wobei sich der Großteil auf Klassenfahrten beziehe. Der Grund der geringen Antragszahl sei nicht nachvollziehbar.

Herr Dr. Hörster ergänzt, dass die Verwaltung zu diesem Thema bereits im Vorfeld alle möglichen Vorbereitungen getroffen habe. So lägen Merkblätter zu diesem Thema in allen Service-Punkten ARBEIT im Kreis Borken aus.

Die Merkblätter seien im Internet unter dem link [www.service-punkt-arbeit.de/allgemein/leistungen-zur-sicherung-des-lebensunterhalts/bildung-und-teilhabe.html](http://www.service-punkt-arbeit.de/allgemein/leistungen-zur-sicherung-des-lebensunterhalts/bildung-und-teilhabe.html) zu finden. Zudem sind das Antragsformular und die Merkblätter als Anlagen 5 der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Kenntnis.

**Punkt 7: Notärztliche Versorgung im Kreis Borken  
Sachstandsbericht Frau Scherwinski**

---

Berichterstatte:rin: Frau Scherwinski

Frau Scherwinski erinnert daran, dass sie bereits mehrfach über die Reform der notärztlichen Versorgung im Kreis Borken berichtet habe.

Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) habe ursprünglich geplant, nur zwei Notfallpraxen im Kreis Borken einzurichten. Hieraufhin habe der Kreistag Borken am 01.10.2009 auf Vorschlag des Ausschusses für Arbeit Soziales und Gesundheit eine einstimmige Resolution dahingehend beschlossen, dass mindestens die vier bestehenden

Notfallpraxen und Fahrdienste für den Kreis Borken genehmigt werden sollten. Darüber hinaus sollte auf die landesweite Hotline verzichtet und nach einer patientenfreundlicheren Lösung gesucht werden.

Im Antwortschreiben vom 12.10.2009 habe die KVWL mitgeteilt, dass die gemeinsame Notdienstordnung verabschiedet sei und zum 01.01.2011 flächendeckend umgesetzt würde. Die Einrichtung einer Leitstelle für ganz Westfalen-Lippe (landesweite Hotline) sei beschlossen, über die Zuschnitte der Notfallbezirke sei jedoch noch keine abschließende Entscheidung gefallen.

Sicherlich auf Grund der Resolution habe erreicht werden können, dass für den Kreis Borken letztendlich 4 Notfallpraxen genehmigt worden seien:

- 2 Hauptnotfallpraxen in Bocholt und Ahaus, die montags, dienstags und donnerstags von 18:00 bis 22:00 Uhr, mittwochs und freitags von 13:00 bis 20:00 Uhr und samstags, sonntags und an Feiertagen von 8:00 bis 22:00 Uhr geöffnet seien,
- 2 Komplementärpraxen in Borken und Gronau, welche samstags, sonntags und an den Feiertagen von 8:00 bis 22:00 Uhr geöffnet seien.

Am 01.02.2011 sei dann die Notdienstreform in Westfalen-Lippe in Kraft getreten. Zu Beginn habe es zunächst erhebliche Anlaufschwierigkeiten gegeben, die aber zum größten Teil mittlerweile behoben seien. Insbesondere sei die Telefonnotdienstzentrale personell aufgestockt worden, so dass ein Hilfe suchender Anrufer mittlerweile innerhalb weniger Minuten einen Ansprechpartner erreichen könne.

Nach Auskunft des leitenden Notarztes des Kreises Borken sowie der Leitstelle des Kreises Borken gebe es jedoch immer noch ganz erhebliche Fahrzeiten bedingt durch die großen Fahrdienstbezirke. So umfasse z. B. der Fahrdienstbezirk Münster II die Kreise Borken und Coesfeld sowie einen kleinen Teil des Kreises Unna.

Um zu vermeiden, dass die Ärzte einen ganz erheblichen Teil ihrer Einsatzzeit für die Fahrzeiten verwenden müssen, solle überprüft werden, ob eine Verkleinerung der Fahrdienstbezirke sinnvoll und umsetzbar sei. So gebe es Überlegungen der KVWL zumindest an jede Notfalldienstpraxis ein Fahrzeug anzubinden.

Insgesamt nehme der Kreis Borken jedoch mit Erleichterung zur Kenntnis, dass die größten Umstellungsschwierigkeiten mittlerweile überwunden seien und die vier Notfallpraxen an den vier Krankenhäusern im Kreis Borken eine gute Versorgung der Patienten gewährleisten und auch in der Bevölkerung gut akzeptiert würden.

Kritisch anzumerken sei aber die Tatsache, dass in der Zeit zwischen 22:00 und 8:00 Uhr alle ambulanten Notfälle über den diensthabenden Bereitschaftsdienst des jeweiligen Krankenhauses, an dem sich die Notfallpraxis befinde, abgewickelt werden sollen, ohne dass dies im Vorfeld mit den Kliniken besprochen worden sei.

So habe sich der Klinikverbund Westmünsterland zunächst nur für 6 Monate probeweise bereit erklärt, an dieser Organisation mitzuwirken. Hier sollten dringend Gespräche zwischen der KVWL und den jeweiligen Kliniken geführt werden, damit es nicht in naher Zukunft doch noch zum Scheitern der Notdienstreform komme.

Fast zwei Monate nach Inkrafttreten der Notdienstreform sollte eine kritische Überprüfung der Reform stattfinden, um notwendige Anpassungen, wie z. B. Verkleinerung der Fahrbezirke oder auch bessere Schulung der Mitarbeiter der zentralen Hotline zeitnah einzuleiten. Die Zuständigkeit hierfür liege ausschließlich bei der KVWL.

Die Notdienstreform in Westfalen-Lippe sei am 23.03.2011 Thema im Gesundheitsausschuss des Landtages gewesen. Hier habe der Vorsitzende der KVWL, Herr Wolfgang Dreyden, zu den erheblichen Anfangsschwierigkeiten Stellung nehmen müssen. Ein Protokoll liege hierzu nicht vor. Doch habe Herr Dreyden eine gebührenfreie Rufnummer für die Hotline in Aussicht gestellt.

Abschließend fasst Frau Scherwinski zusammen, dass die Zentralisierung des Notdienstangebotes zu einer deutlichen Entlastung für die niedergelassenen Ärzte führe und damit insbesondere für die Hausärzte ein wichtiger Anreiz sei, sich im ländlichen Bereich niederzulassen.

---

## **Punkt 8:        Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Punkt 8.1:      Zusätzlicher Termin für eine Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit**

---

Vorsitzende Büscher führt aus, dass mit dem Sondertermin für die Behandlung des Themas *Kompass Kreis Borken 2025* nunmehr eine zusätzliche Sitzung im Juni stattfinden müsse.

Herr Groschke teilt mit, dass Überlegungen bestünden, auf den geplanten Sondertermin im November 2011 zu verzichten, da man hoffe, die *Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen im freiwilligen sozialen Bereich* in der regulären Sitzung am 27.09.2011 behandeln zu können.

Hinsichtlich der Sondersitzung im Juni 2011 werde man den konkreten Termin so schnell wie möglich mitteilen.

---

### **Punkt 8.2:      Wegweiser für Selbsthilfegruppen**

---

Frau Kasteleiner informiert, dass der überarbeitete Wegweiser *Selbsthilfegruppen im Kreis Borken* zwischenzeitlich in Arztpraxen, Apotheken und sonstigen Beratungsstellen verteilt worden sei. Die Nachfrage sei sehr hoch. Über die gute Resonanz sei man hoch erfreut. Sie bittet die Ausschussmitglieder, die Information über die Existenz des neuen Wegweisers weiterzureichen.

**Punkt 8.3: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.01.2011 zum Thema "Klimabonus einführen - Energie effizienter nutzen zum Vorteil von Mietern, Vermietern und der Umwelt"**

---

Herr Groschke bittet um Verständnis, dass man auf Grund der Novellierung des SGB II nicht dazu gekommen sei, die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN vom 23.01.2011 zu beantworten. Die ausstehende Antwort werde in der nächsten Sitzung erteilt.

**Punkt 8.4: Krebsregister**

---

Frau Scherwinski informiert darüber, dass die gewünschten Informationen zur Zeit noch nicht erteilt werden könnten, da man laut Mitteilung des Krebsregisters die erforderlichen Daten erst nach den Sommerferien erhalten werde.

**Punkt 9: Anfragen**

---

keine

Vorsitzende BüscherBücher schließt die Sitzung um 20:15 Uhr und dankt allen Beteiligten für die rege Diskussion.

---

Barbara Büscher  
Vorsitzende

---

Jürgen Bietenbeck  
Schriftführer